Suche nach Gründen für Kirchenaustritte

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **68 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-413242

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

dass bei freiwilligen Beiträgen 20 Prozent der Mitgliedschaft nicht mehr zahlen und 43 Prozent weniger zahlen werden als bis jetzt. (2) Die katholische Kirche dürfte weniger stark betroffen sein, da sie ihre Mitglieder besser «im Griff» hat. Wir können jedoch ohne Bedenken darauf verweisen, dass rund die Hälfte aller Kirchenmitglieder mit der Höhe der «Kirchensteuer» nicht einverstanden ist.

Erheblich schwieriger wird es mit der Kindertaufe, da hier zusätzlich gewisse emotionale Faktoren eine Rolle spielen. Hier müsste zweigleisig vorgegangen werden: aufgeschlosseneren Eltern wird einsehbar sein, dass die Kindertaufe, die ja auch von Theologen abgelehnt wird, im Grunde einer Zwangschristianisierung gleichkommt. Allgemein müsste durchgesetzt werden, dass eine privatrechlich verbindliche Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft Religionsmündigkeit voraussetzt, die bei uns mit Vollendung des 14. Lebensjahres eintritt. So ist es Jugendlichen ja auch ab diesem Zeitpunkt möglich, selbständig aus der Kirche auszutreten. Die Kirchen verbinden kühn die «Selbstverständlichkeit» der Kindertaufe mit der eingestandenen Verpflichtung der Eltern, dem Kinde eine «christliche Erziehung» zukommen zu lassen. Hier muss ganz offen festgestellt werden, dass die Mehrzahl der Eltern – ob christlich oder nicht – auch heute noch «erziehungsunfähig» ist. Wie sollen absolute Laien auch einer derart komplizierten Materie gewachsen sein, übrigens auch ein sträflich vernachlässigtes Problem!

Halten wir als Anregungen zum Abschluss fest: die überproportionale Macht der Grosskirchen ist relativ einfach beschränkbar. Aufklärungskampagnen zu «Kirchensteuer» und Kindertaufe hinterlassen ihre Wirkung schon vor Änderung der bestehenden Verhältnisse. Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit ist gefragt! Keine einfachen Probleme, aber sie lassen sich bewältigen, wenn sie sorgfältig überlegt, diskutiert und dann mit Beharrlichkeit angegangen werden. Dazu bedarf es grosser Energie, Einigkeit und Mutes in den eigenen Reihen. Bleibt es wie bisher, so werden unsere Organisationen einem «zwangsläufigen Verfallsprozess» unterliegen, lange bevor er den Kirchen ernsthaft zu schaffen macht.

(1) = In der «Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse» sind über 100 Zeitungen und Zeitschriften in der BRD mit 11 Millionen Auflage zusammengeschlossen.
(2) = «Was wird aus der Kirche? – Ergebnisse der zweiten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft», Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1984, S. 167.

Peter Bernhardi

klosterschulsterben

in einem ganzseitigen artikel der «BaZ» («basler-zeitung») lesen wir die «alarmmeldung», dass die kapuzinerpatres infolge nachwuchssorgen gezwungen sind, die leitung des stanserkollegis abzugeben, das nun in eine normale staatliche mittelschule umgewandelt wird.

in den hochburgen des katholizismus wurden die gymnasien von ordensleuten geleitet. diese schulen waren denn auch die eigentlichen eliteschmieden der christlich-sozialen parteien, und zahlreiche bundesräte und andere hohe funktionäre erhielten dort ihre ausbildung. unnötig zu sagen, dass «eine hand die andere wusch». war wieder mal ein klosterschulabsolvent in höchster position, sorgte er dafür, dass mitschüler in seinem stab nachrückten.

wie mancher junge mensch stand so in den wichtigsten jahren seines lebens unter der fuchtel von kreuz und rosenkranz, wiewohl ihm, aber auch seinen eltern, dies im grunde genommen wenig behagte. eine andere höhere ausbildung war infolge der entfernung zu einer staatlichen schule, aber auch aus finanziellen erwägungen, einfach nicht möglich. gegenüber anderen mittelschulen privaten charakters waren die klosterinternate um ein vielfaches billiger, lehrten doch die patres um «gottes lohn». dieselbe entwicklung können wir auch bei zahlreichen altenheimen, spitälern und mädchenschulen beobachten. auch die frauenklöster und die evangelischen diakonate leiden an überaltung und mangel an nachwuchs.

es versteht sich, dass die CVP diese entwicklung mit grösster sorge betrachtet, und das menetekel eines niederganges der humanistischen bildung an die wand malt. wir freidenker aber können das nur mit genugtuung vermerken. wahrer humanismus hat mit religion rein gar nichts gemeinsam! *wgs*

Suche nach Gründen für Kirchenaustritte

Was der Kirchenrat zu den 532 Austritten aus der aargauisch-reformierten Landeskirche im letzten Jahr meine, forschte Grossrat Alex Auf der Maur (Effingen) nach. Und ob sich die kirchliche Arbeit nicht mit Vorteil wieder etwas mehr an menschlichen anstatt politischen Aspekten orientieren sollte? Ihm gebe vor allem die Zahl der 235 nicht begründeten Austritte zu denken, antwortete Kirchenrat Pfr. Paul Jäggi (Frick). Er habe allerdings nicht den Eindruck, dass ihre Ursache in den gelegentlichen politischen Aussagen der Kirche liege. Ein Patentrezept gegen die Austritte kenne er nicht, meinte Jäggi weiter; das beste Mittel sei wohl die unentwegte Arbeit in den Gemeinden – und da werde im stillen schon viel geleistet. In der Diskussion gingen die Meinungen über kirchliches Politisieren auseinander: Auf ein Votum eines Kirchenpflegers, die Kirche sollte da zurückhaltend sein, weil politisches Engagement sie zu spalten drohe, erwiderte ein Pfarrer, die Kirche dürfe nicht zu unpolitisch werden.

Zur verstärkten politischen Ausrichtung sowie zur Mediensituation der Kirche äusserte sich im Eintretensvotum zum Jahresbericht auch der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Grossrat Dr. Rudolf Rohr (Würenlos). Ein beachtlicher Teil des Kirchenvolkes, so stellte er fest, fühle sich durch politische Aussagen von Kirchenvertretern nicht angesprochen. Kirchliche Beauftragte im Mediendienst täten gut daran, sich von dem Empfinden der Basis, die sie ja schliesslich auch entlöhne, nicht allzu weit zu entfernen, betonte der GPK-Vorsitzende.

Aus dem Rechenschaftsbericht der Aarg. Ref. Synode. «Aarg. Tagblatt», 20. Juni 1985.